



EVP info

Informationen der Evangelischen Volkspartei Aargau

Februar 2016

Familie

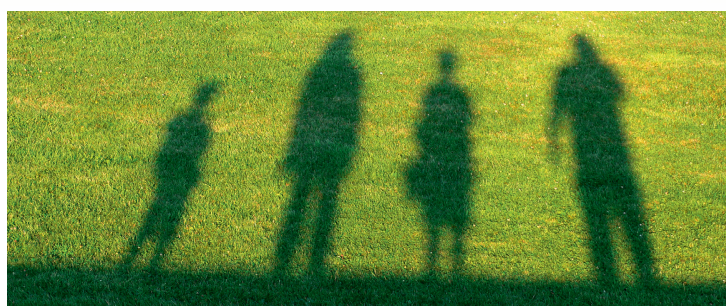
JÜRIG VÖGTLI,
BEZIRKSPRÄSIDENT EVP AARGAU

Gerade während der Weihnachtstage hat die Familie einen hohen Stellenwert: Man trifft sich, isst etwas Feines miteinander, feiert zusammen und beschenkt einander. Die Weihnachtszeit ruft uns jedes Jahr in Erinnerung, dass wir aus einer Familie stammen, selbst wenn wir mit ihr keinen Kontakt mehr pflegen.

Wer alleinstehend ist oder keinen Kontakt zu seinen Familienangehörigen pflegt, hat es in dieser Zeit nicht leicht und versucht vielleicht anderweitig über die Runden zu kommen, zum Beispiel mit einem Rückzug vor den Fernseher oder etwa mit einer Reise in ein fernes Land, dessen Klima einen nicht an Weihnachten erinnert.

Was macht es aus, dass die Familie etwas so Wichtiges ist?

Die Eltern haben uns mit ihrem Erbgut gewisse Veranlagungen, Begabungen und unser äusserliches Erscheinungsbild weitergegeben. In der Familie haben wir sprechen gelernt. Wir konnten lernen, wie man miteinander umgeht, wie man aufeinander achtgibt, wie man teilt, wie man sich durchsetzen kann, wie man streitet und wie man sich versöhnt. Im Kreise der Familie haben sich unsere Verhaltensmuster gebildet und unser Charakter hat sich ausgeprägt. Von der Familie haben wir unsere Kultur, unsere Sitten und unsere Religion. Trotzdem ist jeder Mensch einzigartig. Eine erwachsene Person kann sich eigenständig entwickeln, hat sich von ihren Eltern abgelöst und von der Kultur der Herkunftsfamilie emanzipiert. Was ein Mensch von seiner Herkunftsfamilie mitbekommen hat, wird ihn jedoch sein Leben lang



begleiten und sei es auch nur, indem er versucht, sich davon zu lösen und seinen eigenen Weg zu finden.

Was ist eigentlich eine (richtige) Familie?

Eine solche Frage hätte man sich früher viel weniger oder vielleicht gar nicht gestellt. Eine Familie bestand aus einem Elternpaar, aus Mann und Frau und den Kindern. Oft gehörten auch noch die Grosseltern, ein Onkel oder eine Tante mit dazu. Was nicht in diese Norm passte, war nicht Familie und hatte meist etwas Anstössiges: so etwa eine ledige Mutter mit ihrem Kind.

Die Gesellschaft, in der wir heute hier in der Schweiz leben, ist liberaler. Eine Ehescheidung oder ein unehelich geborenes Kind wird nicht mehr als «Schande» angesehen. Kinder wachsen mit alleinerziehenden Elternteilen oder in Patchworkfamilien auf. Techniken der modernen Fortpflanzungsmedizin werden zudem inskünftig Familienkonstellationen ermöglichen, die man sich bisher nicht vorstellen konnte.

Der christliche Glaube erklärt weder eine bestimmte Lebensform noch eine bestimmte Form von Familie als die einzig richtige. Als Christen sind wir frei. Zugleich sind wir jedoch dafür verantwortlich, wie wir mit dieser Freiheit umgehen. In vielen Lebensfragen sagt uns der Glaube

nicht einfach, was wir zu tun haben, aber er zeigt uns, wie wir die richtigen Antworten finden können. Beim Thema Familie weist uns der Glaube auf zwei Aspekte hin, die wir berücksichtigen sollten.

Der eine fokussiert die Beziehungen: Gut ist, was gesunde und lebendige Beziehungen zwischen Erwachsenen und den Kindern sowie zwischen Gott und den Menschen ermöglicht. Gut ist, was nicht nur meinen eigenen Interessen dient, sondern letztlich solche Beziehungen fördert. Der andere fokussiert die Schwächeren: Gut ist, was auf die Schwächeren, vor allem auf die Kinder Rücksicht nimmt und deren Wohlergehen in den Vordergrund stellt.

Die Traditionen und Sitten, die unser Familienleben bestimmen, dürfen kritisch hinterfragt werden. Man sollte aber dabei bedenken, dass sie wohl mehrheitlich aus dem Bedürfnis heraus entwickelt wurden, gute Beziehungen zu fördern und die Schwachen zu schützen.

Jesus hat die menschliche Familie in einen grösseren Zusammenhang gestellt. Er ist in einer Familie aufgewachsen, hat jedoch nicht geheiratet und keine Kinder gezeugt. Die «Familie», die er gegründet hat, besteht aus allen Menschen, die sich von Gottes Liebe beschenken lassen und deshalb Kinder Gottes heissen (1. Johannesbrief, Kapitel 3, Vers 1). ☺

EDITORIAL

Beziehungen leben!

NAÉMI WYSS,
PARTEISEKRETÄRIN EVP AARGAU

«Die Familie ist das Wichtigste in meinem Leben.» Sehr oft hören wir Sätze wie diesen. Wir Menschen sind auf Beziehungen angewiesen, sind geschaffen, um Beziehungen zu leben.

Manche Beziehungen können wir uns nicht aussuchen und auch in Beziehungen, die wir bewusst eingegangen sind, werden wir oft verletzt oder falsch verstanden. Wir haben jedoch die wunderbaren Möglichkeiten der Vergebung und Versöhnung auf unseren Weg mitbekommen, um unser Lebensabenteuer «Gemeinschaft» zu meistern. In erster Linie zu unserem eigenen körperlichen, seelischen und geistigen Wohl. In zweiter Linie für das Wohl unserer Gemeinschaften – und schlussendlich für das Wohl der gesamten Menschheit.

Parolen – Abstimmung vom 28. Februar 2016

- **JA** zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»
- **JA** zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»
- **NEIN** zur Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer
- **NEIN** zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr – 2. Gotthard-Röhre
- **NEIN** zur Aargauischen Volksinitiative «Weg mit dem Tanzverbot»

INFOS

Mit Stichtentscheid: Grosser Rat nimmt umstrittenes Krippengesetz an

Sprichwörtliches Hitchcock-Finale bei der Abstimmung: Mit 68:68 und dem Stichtentscheid von Grossratspräsident Marco Hardmeier (SP) ist das Krippengesetz vorläufig beschlossene Sache. Nun kommt es am 5. Juni 2016 zur Volksabstimmung.

Über 5 Jahre wurde gekämpft, debattiert, zurückgewiesen, geändert und unzählige Voten wurden gehalten, um dann am 2. Sitzungstag im Jahr 2016 zur abschliessenden Abstimmung zu gelangen. Sah es letztes Jahr noch so aus, als hätte das Krippengesetz keine Chance im Grossen Rat, verabschiedete sich die SP von ihrer Forderung und war bereit, der vorliegenden, regierungsrätlichen Version zuzustimmen, sofern daran nichts mehr geändert würde. Als bald wurde die EVP-Fraktion umgarnt, zusammen mit der BDP, glp, CVP, SP und den Grünen geschlossen zuzustimmen, um eine Ratsmehrheit zu erreichen.

Obwohl es intern einige sehr kritische Stimmen gab, stimmte die EVP-Fraktion dem Krippengesetz schliesslich geschlossen zu. Lilian Studer vermochte die Fraktion zu überzeugen, dass unbedingt ein Gegenvorschlag vors Volk sollte.

Weil das Krippengesetz im Grossen Rat nicht das notwendige absolute Mehr von 71 Stimmen erreichte, kommt es automatisch zur Volksabstimmung und wird nun als Gegenvorschlag zur alv-Initiative (alv=Aargauer Lehrerverband) dem Volk unterbreitet.

Je ein Teil der Fraktion hofft nun, dass zumindest das Krippengesetz angenommen wird, bzw. sowohl Gesetz wie Initiative abgelehnt werden. Die Spannung bleibt uns also noch für ein paar Monate erhalten.

EVP AUCH GEGEN BILDUNGSABBAU

Therese Dietiker, Grossrätin



Die Grossratsdebatten im Herbst waren gekennzeichnet von Budgetdiskussionen, die aufgrund geringerer Einnahmen und wachsender Kosten anspruchsvoller werden. Zudem stellten die Polparteien Bedingungen an die Genehmigung: Sagte die SP Nein wegen «einseitiger Korrekturen auf der Ausgabenseite», erwartete die SVP im Budget eine schwarze Null.

Zu Beginn der dreitägigen Budgetdiskussion äusserte sich Lilian Studer als Fraktionssprecherin: «Nach langjährigen positiven Debatten

scheinen nun langjährige schwierige Budgetdebatten vor uns zu stehen. Letztes Jahr ging es noch darum, Leistungen zu optimieren, natürlich auch um Sparpotenziale auszuschöpfen, jetzt geht es aber ‚um den Knochen‘, um konkreten Leistungsabbau.» – Die EVP setzte sich vor allem ein gegen die umstrittenen Sparvorgaben in der Bildung beim Halbklassenunterricht in der Primarschule. Sie wagte beim Fach Deutsch als Zweitsprache neu zu denken: Eine Kostenbeteiligung der Eltern könnte die stark wachsenden Ausgaben bremsen.

Esther Gebhard-Schöni beantragte, den Sparbeitrag an die Sonderschulen und Heime zu halbieren und den intransparenten Mutationsgewinn zu streichen. Letzterer gehört nun ab 2016 der Vergangenheit an.

Die EVP stellte sich gegen die Initiative «Weg mit dem Tanzverbot». Urs Plüss bezeichnete sie als irreführend und sagte: «In einer Zeit, in der wir viel Geld ausgeben, um zu entschleunigen, um mal zur Ruhe zu kommen, mal nicht immer Party machen zu müssen, sollten wir dankbar sein, dass an läppischen 10 von 365 Tagen im Jahr die Lichter

einmal zwei Stunden früher gelöscht werden. Viele Angestellte im Service werden uns dankbar sein, wenn wir die Regelung beibehalten.»

Die EVP stimmte dem neuen Gesetz zum KVG zu: Es ist Zeit, dass die Prämienverbilligung neu organisiert und nicht mehr auch aufgrund von Liegenschaftsunterhalt, Einzahlungen in die 3. Säule usw. geltend gemacht werden kann. Unschön, aber nicht anders machbar taxierte Therese Dietiker den Wegfall des obligatorischen Gesprächs der Gemeinden mit den Prämienschuldern vor deren Aufnahme auf die «Schwarze Liste». Damit seien der Regelung der Krankenkassenausstände «die Eckzähne gezogen und ein neuer Verwaltungsakt sei entstanden».

Vorstösse der EVP:

Interpellation der EVP-Fraktion (Sprecherin: Therese Dietiker) betreffend angemessene Integration von Migranten und Asylsuchenden im Arbeitsmarkt

Interpellation von Lilian Studer betreffend islamisches Wohnheim in Buchs AG

«ALLES HAT SEINE ZEIT!»



Dies schrieb Esther Gebhard zu ihrem Rücktritt aus dem Grossen Rat, dem sie fast zwölf Jahre angehörte. Jetzt will sie sich Neuem widmen. Leider verliere ich nun in der Fraktion eine mir wertvolle Freundschaft und meine wichtige Mitstreiterin (für 11 Jahre waren dort nur

wir zwei Frauen vertreten). Doch ich kann ihren Entscheid nachvollziehen.

Ich erlebte Esther Gebhard in ihrem Amt als unermüdetlich Tätige, die ihren Auftrag mit viel Freude und Elan angepackt hat. Neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit war sie unter anderem im Gemeinderat und präsidierte den AVUSA (Aargauerischer Verband Unternehmen mit sozialem Auftrag). Diese Aufgabe war ihr ein besonderes Anliegen, denn Kinder und Jugendliche und Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen standen bei ihr im politischen Alltag stets im Fokus. Sie erreichte dabei einiges. Daneben war sie in verschiedenen Kommissionen vertreten.

Zentrale Anliegen waren für sie die Bereiche Bildung, Bau, Umwelt und Verkehr. Dies kam in ihrem Rücktrittsschreiben ebenfalls zur

Geltung: «Oftmals hätte ich mir für unseren Kanton mutigere und zukunftsweisendere Lösungen gewünscht, vor allem im Bildungsbereich oder in Energiefragen. Es machte mich nachdenklich, wenn es Mehrheiten gab, um beim Alten zu bleiben, um Wohlhabende noch mehr zu begünstigen oder um Eigeninteressen zu unterstützen.»

«Bei meinen Entscheidungen», erwähnte sie zum Abschied, «war mir wichtig, möglichst die ganze Gesellschaft im Auge zu behalten. Alle sollten zu ihrem Recht kommen, alle sollten einen Franken verdienen und alle sich entfalten können.»

Nun bleibt mir, mich bei ihr zu bedanken für ihr grosses Herz und ihr Engagement! Bhüet di Gott, Esther!

LILIAN STUDER,
FRAKTIONSPRÄSIDENTIN

URIEL SEIBERT



Uriel Seibert (24), wohnhaft in Schlossrued (Bezirk Kulm), hat am 1. November 2015 die Nachfolge von Godi Trachsler im Grossen Rat angetreten. In seiner Freizeit pfeift er als Fussballschiedsrichter

Matches im ganzen Kanton Aargau und in der Church League. Zudem spielt er als Gitarrist in den Anbetungszeiten der Minoritätsgemeinde Aarau. Wenn noch Zeit bleibt, schwingt er sich aufs Rad oder geniesst die Zeit mit Mitmenschen bei Gesprächen über Gott (und das sehr häufig) und die Welt. Der Oberstufenlehrer hat dem EVPinfo einige persönliche Fragen beantwortet:

Uriel, hast du dich schon immer für Politik interessiert? Falls ja, aus welchem Grund?

Als Sohn eines Gemeindeforschers gehörte Politik zu den täglichen Themen am Familientisch. Früh schon durfte ich dann in zwei Kommissionen in meinem Wohnort mitarbeiten.

Welches sind deine ersten Eindrücke als Grossrat?

Der Vorbereitungsaufwand auf die Sitzungen ist nicht zu unterschätzen, besonders wenn es um komplexe Thematiken geht. Und

das betrifft fast alle bisher behandelten Themen. Die Entscheidungen im Rat können meist nicht so schwarz-weiss beurteilt werden, wie man glauben möchte.

Welche Vorteile hast du als junges Ratsmitglied?

Ich denke automatisch weiter als bloss an die nächsten zehn Jahre. Zudem könnte es sein, dass ich mehr Toleranz erhalte, wenn ich mal ungeschickt reagiere, da man es als Lehrgeld bewerten könnte.

Zu welchen Themen möchtest du dich speziell einbringen im Grossen Rat?

Stärkung kleiner Gemeinschaften als Träger unserer Gesellschaft, insbesondere Familien, freiwillige Hilfswerke und Kleingemeinden. Wichtig ist mir, dass christliche Werte und Gewohnheiten erhalten bleiben.

INFOS

JA zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe»

Aus der EVP Schweiz: Ihre Delegierten sagen dazu eindeutig Ja. Mit der Initiative werden Bundesrat und Parlament beauftragt, gerechte Lösungen als Alternative zur so genannten Heiratsstrafe zu erarbeiten und in Kraft zu setzen. Die Volksinitiative der CVP fordert, dass Ehepaare in Bezug auf Steuern und Sozialversicherungen gegenüber Konkubinatspaaren und Personen in anderen partnerschaftlichen Lebensformen nicht benachteiligt werden dürfen. Sie definiert Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau und legt fest, dass Ehepartner weiterhin gemeinsam besteuert werden müssen.

Die Kantone haben sich in den letzten Jahren bemüht, die Ehepaare steuerlich den Konkubinatspaaren gleichzustellen. Auf Bundesebene gibt es noch keine Lösung: 80 000 Ehepaare bezahlen mehr Bundessteuern, als wenn sie Konkubinatspaare wären.

Der Gesetzgeber erhält einen klaren Rahmen, auf welche Weise das Steuerrecht anzupassen ist. Die Initiative schliesst die Individualbesteuerung als Lösung des Heiratsstrafe-Problems aus. Gewichtige Nachteile verschwinden: Neben dem Mehraufwand für Ehepaare, die zwei Steuererklärungen ausfüllen müssten, käme diese Variante auch den Bund teuer zu stehen (Mindererinnahmen im Vergleich zum Vollsplitting). Daneben entstünde für Kantone ein Verwaltungsmehraufwand von 30–50%. Die Kantone haben sich deshalb gegen eine Individualbesteuerung ausgesprochen.

Der im Initiativtext enthaltene Ehebegriff entspricht der gängigen Definition der Ehe in der Verfassung, der Rechtsprechung und der europäischen Menschenrechtskonvention.

Ein zukünftiger Versuch, diese Definition zu ändern, bedürfte ohnehin einer Verfassungsänderung.

CHRISTIAN MINDER



Christian Minder hat Maschinenbau studiert (BaSc FHNW) und wohnt in Lenzburg. Seit fünf Jahren ist der 32-Jährige Präsident der EVP Regionalpartei Lenzburg-Seetal. Als Nachfolger von Esther Gebhard wurde er am 5. Januar

2016 im Grossen Rat in Pflicht genommen. In seiner Freizeit kann man ihn in den warmen Monaten beim Windsurfen, in den kalten beim Tanzen antreffen. Das EVPinfo hat Christian Minder einige Fragen gestellt:

Christian, was reizt dich an der Politik?

Politik ist für mich ein Werkzeug, um das Zusammenleben in der Gesellschaft zu organisieren. Das mache ich gerne. Zudem glaube ich, dass ich am richtigen Ort bin. Ich kann gut meine Meinung vertreten, aber auch gut zuhören und mehrheitsfähige Kompromisse finden.

Zu welchen Themen möchtest du dich im Grossen Rat speziell einbringen?

Auf kantonaler Ebene habe ich noch kein Lieblingsthema entdeckt. Alles, von Raumplanung über Mobilität bis zu Energieversorgung interessiert mich aber besonders.

Warum bist du in der EVP?

Dazu beigetragen haben das Umfeld, eine Anregung und meine Überzeugung. Einerseits bin ich da hineingeboren und habe in meinem christlichen Umfeld auch EVP-Politiker gekannt. Den Auslöser, mich näher mit der Politik der EVP auseinanderzusetzen, gab Sämi Richner, indem er unserem Präsidenten vorschlug, mich als Kandidaten für die Einwohnerratswahlen anzufragen. Und dann stimmt das Parteiprogramm normalerweise mit meiner Überzeugung überein, sonst wäre ich möglicherweise nicht geblieben.

Was würdest du erbitten, wenn du einen Wunsch frei hättest, um unsere Gesellschaft positiv zu verändern?

Die Gesetzmässigkeiten des Himmelreichs in alle Herzen zu schreiben. (Siehe Evangelien)

INFOS

Aarau: Matthias Keller neu Vizepräsident im Einwohnerrat



Zum zweiten Mal in der Geschichte ist die EVP/ EW Aarau im Präsidium des

Einwohnerrates vertreten. In der Sitzung vom 14. Dezember hat der Einwohnerrat Aarau Matthias Keller in einer Kampfwahl ins Vizepräsidium gewählt. Der 26-jährige Holzbauingenieur politisiert in der Fraktion Pro Aarau-EVP-GLP.

Die EVP Aargau sucht...

... 1–2 Personen, die uns punktuell beim Verpacken von Briefen unterstützen (im April/August 2016).

AGENDA

28. Februar 2016

Eidgenössische und kantonale Volksabstimmung

29. Februar bis 18. März 2016

Frühjahrssession des eidg. Parlaments

11. März 2016

Generalversammlung EVP Aargau

26. April 2016

Parteiversammlung EVP Aargau

20. Mai 2016

KMU-Forum der EVP Schweiz

AARGAUISCHE VOLKSINITIATIVE «WEG MIT DEM TANZVERBOT»

URS PLÜSS, GROSSRAT

Im Aargau existiert zwar kein Tanzverbot, doch an den fünf wichtigsten, christlichen Feiertagen müssen die Gastwirtschaftsbetriebe um 00.15 Uhr schliessen. Mit der vorliegenden Initiative soll diese Einschränkung aufgehoben werden. Der Grosse Rat wie auch der Regierungsrat empfehlen die Initiative zur Ablehnung.

Calvin würde wohl rot anlaufen ob dieser Volksinitiative und Zwingli hätte seine wahre Freude daran. Hier mein Kommentar zu zwei Argumenten des Initiativ-Komitees:

Ein unsinniges Verbot weniger bedeutet mehr Freiheit.

Die Freiheit hört da auf, wo sie die Freiheit des anderen einschränkt. Was für die einen die Freiheit zum Tanzen bedeutet, ist für den anderen der Zwang zur Nacharbeit.

Eine Gesellschaft, die der Kirche fernbleibt, muss sich nicht von religiösen Gesetzen bestimmen lassen.

Nicht der christliche Glaube schreibt dieses Gesetz vor, sondern der Staat gibt der Bevölkerung den nötigen Freiraum, die religiösen Feste würdig zu feiern und gönnt allen etwas Besinnung und Ruhe. Bleibt die Gesellschaft wirklich der Kirche fern? Auch wenn die Gesellschaft der Kirche fernbleibt, ist sie nicht unchristlich oder unreligiös geworden. Die christlichen Werte sind immer noch für sehr viele – auch für junge Leute – wichtig und sollten vom Partyvolk

respektiert werden. Dies erfordert jedoch etwas Toleranz in die andere Richtung. Würde man das oben genannte Argument wirklich ernst meinen, dann müsste man in der ganzen Konsequenz alle christlichen Feiertage abschaffen und auch den Sonntag als Ruhetag in Frage stellen.

Um was geht es im Einzelnen in der Initiative?


Eine Sonderregelung im Gastgewerbegesetz (§ 4 Abs. 3 GGG) sieht folgendes vor:

An Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, am Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag, am Weihnachtstag sowie am jeweils darauf folgenden Tag sind die Gastwirtschaftsbetriebe bereits um 00.15 Uhr zu schliessen. Diese Bestimmung bezweckt den Schutz der Feiertage, indem an diesen Tagen mit Tagesbeginn (00.15 Uhr) sowie nach Tagesende (eine Viertelstunde nach Mitternacht) der Betrieb eingestellt werden muss. Die Bewilligung einer Verlängerung durch den Gemeinderat ist nicht möglich.

Die Aargauische Volksinitiative «Weg mit dem Tanzverbot» verlangt, diesen Paragraphen aufzuheben, wodurch automatisch § 4 Abs. 1 GGG zum Zuge kommt mit den Schliesszeiten: Mo. bis Fr. zwischen 00.15 Uhr und 05.00 Uhr, am Sa. zwischen 02.00 Uhr und 05.00 Uhr und an Sonn- sowie Feiertagen zwischen 02.00 Uhr und 07.00 Uhr. Wobei der Gemeinderat Freinächte erlauben kann.

Die EVP-Fraktion empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Es ist eine

gesellschaftliche Frage, ob man das Gesetz – bezeichnet als alten Zopf – aufheben soll und die Bevölkerung dem liberalen Markt aussetzt oder ihr ein paar wenige Tage im Jahr etwas Auszeit gönnt. Ist es zu viel verlangt, etwas Respekt zu zeigen vor den Menschen in der Gesellschaft, die diese Feste christlich feiern wollen? Oder wie in einem Forums-Eintrag stand:

«Hand aufs Herz: würden Sie gerne arbeiten im Wissen, dass der Rest der Familie zu Hause auf Sie wartet?» 49 Wochenenden bzw. 355 Tage stehen dem Partyvolk zur Verfügung um zu tanzen und zu feiern. Ist es die Sache wirklich wert, wegen 10 Nächten diese verordnete Freiheit zu opfern, oder geht es den Initianten doch um etwas anderes? 

INFO

Parteiversammlung EVP Aargau

An der Parteiversammlung vom 19. Januar 2016 hat Grossrat Urs Plüss über die Tanzverbots-Initiative informiert. Nach anschliessender Diskussion hat die Versammlung einstimmig die NEIN-Parole beschlossen (27 zu 0 Stimmen). Weiter orientierten die Grossräte Therese Dietiker und Christian Minder über die Parolen der eidgenössischen Vorlagen vom 28. Februar, und Peter Rytz, Wahlleiter, über die ersten unternommenen Schritte im Hinblick auf die Grossratswahlen im Herbst.

IMPRESSUM

Redaktion

Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau
5000 Aarau

Herausgeber

Evangelische Volkspartei Aargau

Abonnement

mindestens 15 Franken pro Jahr

Erscheinungsweise viermal jährlich

Internet

www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat

sekretariat@evp-ag.ch

Inserate,

Adressverwaltung

Evangelische Volkspartei des Kantons Aargau

5000 Aarau

Telefon 077 450 15 99

Realisation und

Druck

www.jordibelp.ch

Auflage

7450 Exemplare

WERDEN SIE EVP-MITGLIED

Antwortalon

Ich möchte EVP-MITGLIED WERDEN

> die Mitgliederbeiträge und Grundsätze, sowie die Statuten habe ich gelesen und bin damit einverstanden.

Falls Sie eine unserer Beitrittsprämien wünschen, bitten wir Sie Ihre Anmeldung auf www.evo-ag.ch vorzunehmen. Danke!

Ich bin bereit EHRENAMTLICH MITZUHILFEN

Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ / Ort _____

E-Mail _____

Datum _____

Coupon einsenden an: EVP Aargau, Parteisekretariat, 5000 Aarau